

ABRÜSTUNGSVERTRAG

Das neue Wettrüsten

Kehrt der Atomraketen-Streit nach Europa zurück? Der wichtigste Abrüstungsvertrag zwischen Washington und Moskau ist in akuter Gefahr.

VON Matthias Naß | 29. Oktober 2016 - 19:27 Uhr

© Jewel Samad/AFP/Getty Images

US President Barack Obama (C-L) and his Russian counterpart Dmitry Medvedev (C-R) arrive to sign a landmark treaty at the Prague Castle in Prague on April 8, 2010. Obama and Medvedev signed a landmark treaty committing their nations to major nuclear arms cuts. Under the new Strategic Arms Reduction Treaty (START), the former Cold War foes will be allowed a maximum of 1,550 deployed warheads, about 30 percent lower than a limit set in 2002. It also imposes limits on the air and submarine-borne intercontinental ballistic missiles that carry warheads. AFP PHOTO/ Jewel SAMAD (Photo credit should read JEWEL SAMAD/AFP/Getty Images)

[Read the English version of this article here](#)

Noch spricht fast niemand öffentlich darüber. Aber in dem immer feindseliger werdenden Verhältnis zwischen Amerika und Russland schwelt ein Konflikt, der jederzeit auflodern kann. Wenn nicht alle Beteiligten sehr aufpassen, kehrt der fast vergessene Streit über Raketen und Nuklearsprengköpfe, über Reichweiten und Megatonnen, über Abschreckung und "gegenseitig gesicherte Vernichtung" nach Europa zurück.

Ein Abrüstungsabkommen ist in Gefahr, aus europäischer Sicht das wohl wichtigste überhaupt. Seit Jahren schon, behauptet die amerikanische Regierung, verletze Russland den Vertrag über Nukleare Mittelstreckenraketen (Intermediate Range Nuclear Forces – INF). Lange, heißt es in Washington, werde Amerika den Vertragsverletzungen nicht mehr tatenlos zuschauen. "Unsere Geduld", sagt ein hoher Regierungsmitarbeiter, "ist nicht grenzenlos."

8. Dezember 1987: Vor dem Kaminfeuer im Foyer des Weißen Hauses unterschreiben US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow den INF-Vertrag. "Einige Journalisten und Politiker spekulieren jetzt, wer gewonnen hat", sagt Gorbatschow nach der Unterzeichnung. "Das ist ein Rückfall in altes Denken. Die Vernunft hat gewonnen." Die beiden Unterschriften besiegeln das Ende eines Jahre währenden Ringens um die Nachrüstung in Europa.

Am Beginn dieses Ringens steht ein Vortrag, den der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977 vor den Mitgliedern des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London hält. Darin spricht Schmidt von einem bedrohlichen Ungleichgewicht bei den sogenannten eurostrategischen Waffen. Europäer und Amerikaner hätten den neuen SS-20-Mittelstreckenraketen der Sowjetunion nichts entgegensetzen. Schmidts Rede wird zur Geburtsstunde des Nato-Doppelbeschlusses und der in ihrer Emotionalität beispiellosen Nachrüstungsdebatte: Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper (Cruise-Missiles) sollen das Gleichgewicht in der gegenseitigen Abschreckung wiederherstellen – es sei denn, die Sowjetunion wäre bereit, ihre SS-20 zu

verschrotten. Das ist sie nicht. Also beschließt der Westen, gegenzurüsten und seinerseits atomare Mittelstreckenraketen aufzustellen.

Nun macht die Friedensbewegung mobil. Am 10. Oktober 1981 demonstrieren auf der Bonner Hofgartenwiese 300.000 Menschen gegen die Nachrüstung. Vor den Raketendepots der Amerikaner in der Bundesrepublik schlagen Aktivisten ihre Zelte auf, blockieren die Zufahrten. Die Linke von Heinrich Böll bis zu Oskar Lafontaine stellt sich an ihre Seite, Helmut Schmidt wird schließlich durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt, Helmut Kohl wird neuer Bundeskanzler.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 45 vom 27.10.2016

Aber Schmidt sollte recht behalten. Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles lässt die Sowjets einlenken. Nach jahrelangen Verhandlungen wird mit den Unterschriften von Reagan und Gorbatschow eine ganze Kategorie von Atomraketen abgeschafft. Der INF-Vertrag wird zum Meilenstein auf dem Weg zur Beendigung des Kalten Krieges. Bereits 1991, vier Jahre nach seiner Unterzeichnung, haben Amerikaner und Russen sämtliche bodengestützten Mittelstreckenraketen zerstört. Neue dürfen nicht produziert und getestet werden.

Dieses Abkommen könnte schon bald null und nichtig sein. In einer Reihe vertraulicher Gespräche hat die *ZEIT* erfahren, wie gefährdet der INF-Vertrag ist. Keiner der Gesprächspartner möchte sich zitieren lassen ("Heißes Thema!" – "Sehr sensibel!"). Mancher ist gar nicht zu sprechen. Aber niemand bestreitet: Es steht viel auf dem Spiel.

Im Jahr 2010 beginnen die Russen, einen neuen landgestützten Marschflugkörper (ground-launched cruise missile) mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern zu testen. Ihre nachrichtendienstlichen Erkenntnisse, sagen die Amerikaner, ließen daran keinen Zweifel. Der INF-Vertrag aber verbietet ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern – wohlgemerkt: solange sie vom Boden aus abgefeuert werden. Raketen und Cruise-Missiles, die von Schiffen, U-Booten oder von Flugzeugen aus abgeschossen werden, erlaubt der Vertrag.

Die Amerikaner entdecken die Versuche im Jahr 2011. Es beginnt eine Phase intensiver, stiller Diplomatie. "Wir haben den Russen gesagt, wir wissen, dass ihr diese Cruise-Missile habt", heißt es in der US-Regierung. "Wir haben ihnen gesagt, das ist eine Verletzung des INF-Vertrags. Wir wollen euch nicht öffentlich demütigen, aber wir wollen, dass ihr dazu zurückkehrt, den Vertrag einzuhalten."

Gespräche laufen auf verschiedenen Regierungsebenen an, aber die Russen weisen die Beweise der Amerikaner zurück. Sie attackieren ihrerseits die Amerikaner. Denn diese installieren in Rumänien und in Polen hochmoderne Raketenabwehrsysteme. Die richten sich zwar offiziell gegen den Iran. Aber in Moskau heißt es, auch Marschflugkörper

könnten von dort abgefeuert werden – eine Bedrohung Russlands und eine klare Verletzung des INF-Vertrags!

Konkret geht es um das Abwehrsystem Aegis Ashore. Mit dessen Abschussvorrichtung MK-41, behaupten die Russen – und manche westlichen Experten teilen diese Einschätzung –, könnten die Amerikaner auch bodengestützte Cruise-Missiles abfeuern. Die USA bestreiten das: Aegis Ashore verfüge weder über die dafür notwendige Software noch die Hardware, das System könne ausschließlich Raketen abfangen, sonst nichts.

Bis heute weisen die Amerikaner die russischen Vorwürfe kategorisch zurück. Genauso entschieden äußert sich Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der *ZEIT* sagt er: "Die russische Regierung weiß, dass sich die Raketenabwehr nicht gegen ihr Land richtet. Es geht hier nicht um offensive Waffen, die Abfangraketen tragen keinen Sprengkopf. Die Raketenabwehr kann also in keiner Weise den INF-Vertrag verletzen." Für Washington und die Nato steht fest, allein Russland trägt die Verantwortung dafür, dass der Vertrag in Gefahr ist.

Im Juli 2014 schreibt Barack Obama einen Brief an Wladimir Putin. Washington, betont er, wolle das Problem auf diplomatischem Weg lösen und eine neuerliche Aufrüstungsspirale vermeiden. Aber gleichzeitig erhöht die US-Regierung den Druck auf Moskau, indem sie dafür sorgt, dass die Öffentlichkeit von den russischen Vertragsverletzungen erfährt. Am 28. Juli 2014 berichtet die *New York Times* über den Raketenstreit und Obamas Brief an Putin. Zwei Monate später, im September 2014, reist Rose Gottemoeller, im US-Außenministerium zuständig für Abrüstung und Rüstungskontrolle, mit einer Expertendelegation nach Moskau. Aber wieder lenken die Russen nicht ein: Die Amerikaner hätten keine Beweise für ihre Anschuldigungen.

Allmählich wird auch der US-Kongress unruhig. Im Dezember 2014 findet die erste Anhörung auf dem Kapitolshügel statt. Das ganze Jahr 2015 hindurch werden die Vertragsverletzungen Thema zwischen den Außenministern John Kerry und Sergej Lawrow sein. Doch nichts bewegt sich.

© ZEIT-Grafik

Die ersten Senatoren und Kongressabgeordneten fordern jetzt militärische Gegenmaßnahmen. Wie die Obama-Regierung zu reagieren gedenke? Die Antwort des Pentagon gibt Brian McKeon, Deputy Under Secretary of Defense, bei einer Anhörung des Repräsentantenhauses am 1. Dezember 2015. Die Beweislage sei klar, sagt McKeon. Russland habe ein bodengestütztes System getestet, dessen Reichweite eindeutig unter den INF-Vertrag falle. "Wir sprechen von einem wirklich existierenden System, nicht von einer möglichen Fähigkeit."

McKeon ordnet die Verletzung des INF-Vertrages in das "allgemeine aggressive und kriegerische Verhalten" Russlands ein, mit dem es die europäische Sicherheitsordnung destabilisiere. Deshalb werde sich Amerika bei seiner Antwort auch nicht allein auf den

INF-Vertrag konzentrieren, sondern gemeinsam mit den Nato-Verbündeten umfassend militärisch reagieren. McKeon zählt auf: Drohnen, neue Langstreckenbomber und neue Raketen. Im Übrigen werde Amerika sein "strategisches und nicht strategisches" nukleares Potenzial modernisieren, um "atomare Angriffe abzuschrecken und unsere Alliierten zu beruhigen". Die Wahrung der strategischen Stabilität bleibe im Interesse sowohl der USA als auch Russlands, schließt McKeon – "und wir hoffen, Russland wird sich daran erinnern, warum die Sowjetunion den INF-Vertrag überhaupt erst unterschrieben hat". Eins aber sei klar: Die Verletzung des Vertrages werde "nicht ohne Antwort bleiben".

Mit anderen Worten: Hier zieht eine massive Konfrontation zwischen Russland und dem Westen herauf. Es droht ein neues atomares Wettrüsten.

Warum riskiert Russland das?

Die Antwort liegt möglicherweise in dem grundlegend veränderten geopolitischen Umfeld. Das Abkommen, das Amerikaner und Russen 1987 schlossen, ist ein bilateraler Vertrag, der beide Länder aber weltweit bindet. Inzwischen jedoch haben an den Grenzen Russlands eine Reihe von Staaten kräftig aufgerüstet: China, Indien, Pakistan, Nordkorea und der Iran verfügen allesamt über Kurz- und Mittelstreckenraketen, die auch mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können. Schon 2004 schlägt deshalb der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow seinem amerikanischen Kollegen Donald Rumsfeld vor, die beiden Länder sollten gemeinsam aus dem INF-Vertrag aussteigen. Die Amerikaner lehnen ab.

Im Jahr 2007, zwei Jahrzehnte nach Unterzeichnung des INF-Vertrags, ergreifen Russen und Amerikaner in der UN-Vollversammlung gemeinsam eine Initiative, das Abkommen in eine multilaterale Vereinbarung umzuwandeln, der alle Staaten beitreten sollen, die über Kurz- und Mittelstreckenraketen verfügen. Doch kein anderes Land unterstützt den Vorstoß. "Wahrscheinlich begannen die Russen damals, an ihrem neuen System zu arbeiten", heißt es in der amerikanischen Regierung.

Doch bleibt die Frage: Warum testet Russland unbedingt einen (verbotenen) landgestützten Marschflugkörper, wenn der Vertrag doch ausdrücklich see- und luftgestützte Cruise-Missiles zulässt? In Syrien setzt Russland diese ein. Vom Kaspischen Meer und vom Mittelmeer aus hat die russische Marine mit Cruise-Missiles vom Typ KH-101 (es gibt auch eine nukleare Variante KH-102) in die Rebellengebiete geschossen. Warum also unbedingt eine dritte Version?

Weil see- und luftgestützte Raketen besonders verwundbar seien, vermuten die Amerikaner. "Ein Flugzeug können Sie abschießen, ein Schiff versenken", sagt ein hoher US-Regierungsmitarbeiter. "Aber es ist sehr schwer, mobile bodengestützte Raketen und Marschflugkörper zu finden und zu zerstören. Wir haben das 1991 im Westen des Iraks versucht. Wir haben rund 3.000 Angriffe auf die mobilen Scud-Raketen von Saddam

Hussein geflogen. Zerstört haben wir keine einzige. Null. Und der Westen des Iraks ist deutlich kleiner als der Westen Russlands."

Im Juni 2016 wird der *ZEIT*-Reporter Zeuge, wie sich am Rande einer Tagung zur Sicherheitspolitik zwischen zwei Abrüstungsexperten ein hitziger Disput entspinnt. Der Amerikaner: "Die Russen halten den Vertrag nicht ein." Der Russe: "Warum machen die Amerikaner ihre Anschuldigungen nicht öffentlich?" Der Amerikaner: "Wir haben volles Vertrauen, dass wir mit unserer Einschätzung richtigliegen." Der Russe: "Ich bin mir nicht sicher, dass der INF-Vertrag überlebt." Der Amerikaner: "Wir haben unsere Informationen zwar nicht mit der Öffentlichkeit geteilt, aber wir haben mit unseren Nato-Verbündeten darüber gesprochen, auch mit Deutschland, und sie sind überzeugt, dass Russland etwas getan hat, das sich mit dem Abkommen nicht verträgt."

Tatsächlich gibt es seit anderthalb Jahren einen intensiven Informationsaustausch zwischen Washington und Berlin. Fragt man aber in der Bundesregierung nach, dann werden alle Gesprächspartner sehr einsilbig. Schwieriges Thema, heißt es. Über alles können wir sprechen, darüber nicht. Vage wird angedeutet, für so eindeutig halte man die Hinweise der Amerikaner nicht.

Immerhin, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagt auf Fragen der *ZEIT*: "Wir müssen höllisch aufpassen, dass wir in dieser schwierigen, auch aufgeheizten Lage nicht all das kaputt machen, was wir am Ende des Kalten Krieges an Abrüstungsschritten für Europa vereinbart haben. Dazu gehört auch der INF-Vertrag." Ansonsten: tiefes Schweigen.

Dabei hat kaum ein anderes Land ein größeres Interesse, zu erfahren, ob uns eine neue Mittelstreckenraketen-Krise droht. Zwischen 1983 und 1986 wurden allein in der Bundesrepublik 108 Pershing-II-Raketen und 64 Cruise-Missiles stationiert. Ihr Land, fürchteten die Deutschen damals, könnte in einem Atomkrieg erstes Angriffsziel werden.

Wiederholt sich die Geschichte?

Jedenfalls wird das Klima eisiger. Die Nato stellt eine neue Schnelle Eingreiftruppe auf, stationiert Einheiten in den baltischen Staaten und in Polen. Russland kündigt das Abkommen mit den USA zur Vernichtung von jeweils 34 Tonnen Plutonium auf und verlegt nuklearfähige Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander in das Gebiet um Kaliningrad.

Noch haben die Amerikaner keinen Hinweis darauf, dass Russland den INF-Vertrag formell aufkündigt wird. Aber sie sehen ihn akut gefährdet, wenn Wladimir Putin sich nicht an dessen Vorschriften hält. Deshalb verlangt die US-Regierung von Moskau jetzt eine Sitzung der im Vertrag vorgesehenen "Besonderen Verifizierungs-Kommission". Zwei führende Republikaner im Abgeordnetenhaus haben vorige Woche einen Brief an Präsident Obama geschrieben, in dem sie eine Verletzung durch Russland beklagen, die an den Kern des Vertrags rühre.

HINTER DER GESCHICHTE

Droht ein massiver **Streit zwischen Moskau und Washington** um neue Nuklearwaffen? Um dieser Frage nachzugehen, führte der Autor Gespräche mit Diplomaten, Militärs, Politikern und Wissenschaftlern, reiste nach Brüssel, Warschau, Berlin und New York. Die Türen der meisten Regierungsbüros bleiben beim **Thema Nuklearwaffen** allerdings fest verschlossen. Typisch der Diplomat, der sagte: "Hätte ich vorher gewusst, worüber Sie mit mir sprechen wollen, hätte ich Sie nicht empfangen." Er tat es dann doch, aber nur unter der Bedingung: kein Name, kein Zitat.

Man wolle alles tun, um den Vertrag zu retten, heißt es in Washington, die diplomatischen Möglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft. "Wir haben das Handtuch noch nicht geworfen, aber lassen Sie es mich so sagen: Wir nähern uns dem Ende unserer Optionen."

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

Korrekturhinweis: In der Printversion dieses Textes heißt es fälschlicherweise, dass Helmut Schmidt in der SPD Rückhalt verloren hatte und zurücktreten musste. Es hätte aber heißen müssen, " Helmut Schmidt wird schließlich durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt, Helmut Kohl wird neuer Bundeskanzler". Wir haben das online geändert. Die Redaktion

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/45/abruestungsvertrag-usa-russland-atomraketen-streit>